

„Die Linke“
ist keine normale Partei

Die unterschätzte Gefahr

Uwe Schünemann

„Die Linke“ hat Erfolg. Längst ist sie nicht mehr nur eine „Ostpartei“: In Bremen, Hamburg, Hessen und Niedersachsen ist sie in den Landtagen vertreten. Ebenso im Bundestag. Im Land Berlin regiert sie seit 2002 mit. Für viele gilt „Die Linke“ inzwischen als eine „normale“ Partei. Deutliches Indiz dafür ist der Verzicht einiger Bundesländer, „Die Linke“ oder Teile von ihr in ihren Verfassungsschutzberichten zu erwähnen.

Niedersachsen gehört nicht dazu. Denn Erfolg an Wahlurnen ist kein Kriterium dafür, ob eine Partei extremistisch ist oder nicht. Sie muss an ihrem Gesamtbild gemessen werden, an ihrem Programm, an den Aussagen ihrer führenden Repräsentanten, aber auch an ihrem Verhältnis zur Geschichte und vor allem an ihrer Einstellung zur demokratischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland.

Mit großer Sorge verfolge ich Tendenzen, diese Maßstäbe in den Hintergrund zu drängen. Anscheinend verführen höhere Prozentzahlen oder Koalitionsoptionen manche dazu, den kritischen Blick auf „Die Linke“ aufzugeben. Dazu besteht aber kein Grund. Denn „Die Linke“ steht in weiten Teilen in der Tradition ihrer kommunistischen Ahnen, die zur Demokratie allenfalls ein taktisches Verhältnis hatten. Wenn gesagt wird, „Die Linke“ habe ein „Janusgesicht“, so ist das zutreffend und von der Partei auch so gewollt. Camouflage gehört seit jeher zur taktischen Grundausstattung extremistischer Strategen.

Überraschend ist nur, dass viele den in neuen Kleidern gewandeten Linken auf den demagogischen Leim gehen. Die SED der DDR wurde niemals aufgelöst. Aber ein mehrfacher Wechsel des Etiketts reicht offenbar schon aus, dass vergessen wird: Die Flasche und ihr Inhalt haben sich keineswegs verändert. „Die Linke“ ist keine „Neugründung“. Sie ist auch keine Fusion aus PDS und WASG. Die WASG wurde von der PDS übernommen und war ihr lediglich als Brückenkopf im Westen dienlich, wo sie allein nichts werden konnte. Die Strategie hat sich bewährt: Die Umbenennung in „Die Linke“ hat tatsächlich die Salonfähigkeit der Partei entscheidend erhöht.

Diskreditierung des Bestehenden

Schon immer haben extremistische Parteien versucht, über Bündnisse auch mit bürgerlichen Gruppen ihre Isolation zu durchbrechen, um in einem weiteren Schritt die „kulturelle Hegemonie“ zu erringen. Nur so kann die „Transformation“ der Gesellschaft gelingen. Nicht zufällig ist der „Demokratische Sozialismus“ der „Linken“ „ein transformatives Projekt, das an gegenwärtigen Bedingungen ansetzt und langfristig über die Grenzen des Kapitalismus hinausweist“ (Michael Brie). Voraussetzung für eine erfolgreiche „Transformation“ ist jedoch die möglichst umfassende Diskreditierung des Bestehenden. Genau das unternimmt „Die Linke“. Die Bundesrepublik wird nicht als freiheitlicher, antiextremistischer und demokratischer Ver-

fassungsstaat beurteilt, sondern als ein vom Neoliberalismus und somit vom Kapitalismus beherrschtes System, das die Demokratie selbst gefährde. Im Grunde ist „das ganze System marode“, so Linken-Vorsitzender Oskar Lafontaine: „In einem Land mit sinkenden Reallöhnen und sinkendem Rentenniveau herrschen keine demokratischen Zustände.“ Daraus folgt: „Die anderen Parteien sind die Verfassungsfeinde, denn sie lassen Großverdiener nicht spüren, dass Eigentum verpflichtet, wie es im Grundgesetz heißt.“ Bundestagsabgeordnete anderer Parteien nennt Lafontaine „Plapperfritzen“ und „Schweinebande“. Er agitiert gegen „Schandgesetze“ und scheut sich nicht, eine Sprache zu benutzen, die in fataler Weise an die Hetze gegen die Weimarer Republik erinnert.

Gegen die „herrschenden Klassen“

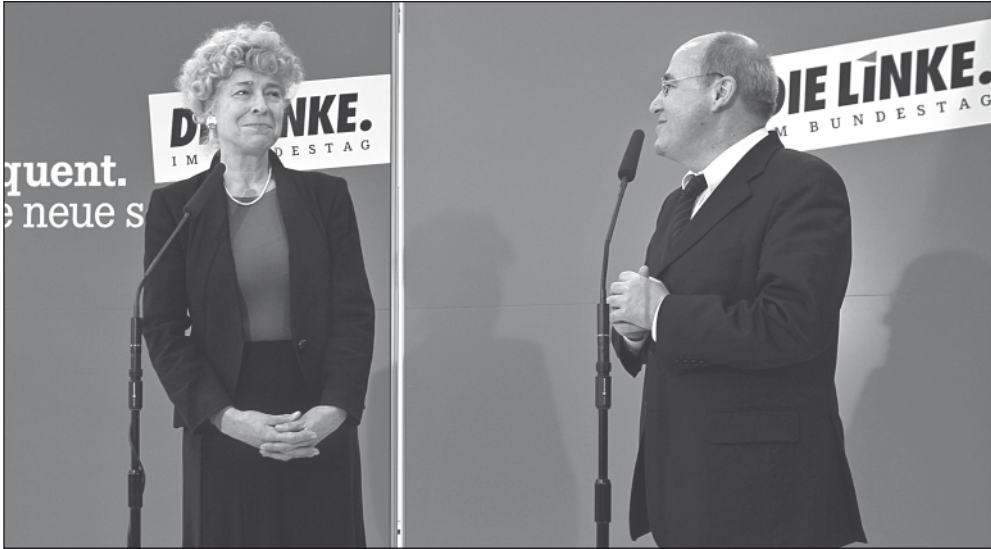
In dieser Sicht ist es also „Die Linke“, die das Grundgesetz schützen muss, da es ohnehin von einem antifaschistischen und antimonopolistischen Geist geprägt sei. Wer anderer Auffassung ist, wer das Recht auf Eigentum anders auslegt als „Die Linke“, wer für Wettbewerb und Markt eintritt, wer anderer Meinung in Fragen des Polizeirechts, der Asylpolitik oder des Auslandseinsatzes der Bundeswehr ist, wird von der „Linken“ schnell zum eigentlichen Verfassungsfeind gestempelt. Und mehr noch: Die Soziale Marktwirtschaft an sich wird wie ehemals der „Kapitalismus“ zur Ursache von Rechtsextremismus und Faschismus erklärt. Vor dieser Gefahr kann nur der „Demokratische Sozialismus“ bewahren. Auf diese Weise reklamiert „Die Linke“ das Grundgesetz für sich, heuchelt Unverständnis für ihre Beobachtung durch den Verfassungsschutz, dessen Tätigkeit sie ausschließlich auf den Rechtsextremismus begrenzen will, um sich so selbst als Teil des demokratischen Verfassungsspektrums darzustellen.

„Die Linke“ benutzt ein nur vordergründiges Bekenntnis zum Grundgesetz, um eine „sozialistisch-antifaschistische“ Politik gegen einen potenziell undemokratischen und faschistischen Kapitalismus durchzusetzen. Die „Entlarvung“ der Sozialen Marktwirtschaft als „Neoliberalismus“ oder „Kapitalismus“ dient der „Linken“ als Legitimation für ihr Ziel der Überwindung des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, das ohnehin nur dem Zweck diene, „die gesetzlichen Rahmenbedingungen für das Funktionieren des kapitalistischen Marktes“ bereitzustellen, wie es der niedersächsische Jugendverband der „Linken“, „Solid“, ausdrückt.

Auch die „Programmatischen Eckpunkte“ der „Linken“ von 2007 – zum Teil wortgleich dem Parteiprogramm der PDS entnommen – verzichten auf eine klare Abgrenzung von verfassungsfeindlichen Positionen. In (ur-)alter Klassenkampfrhetorik wird gegen „die herrschenden Klassen“ mobilisiert. Kein Wort davon, dass in unserem Land demokratisch gewählte und kontrollierte Mehrheiten auf Zeit die politischen Entscheidungen in den Parlamenten und Regierungen treffen. Gegen diese verfasste Ordnung setzt „Die Linke“ den Schulterchluss mit „außerparlamentarischen Kräften der Linken“, um so die „gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse“ zu verändern. Dem „System“ soll eine „Gegenmacht“ mit Einspruchs- und Blockaderechten entgegentreten. Hier wird nicht nur der demokratische Parlamentarismus infrage gestellt, sondern dies ist auch ein Angriff auf Interessenpluralismus und Mehrheitsprinzip zugunsten einer Sammlung linker Strömungen und ihrer höheren Einsichtsfähigkeit.

„Die Linke“ zieht bewusst keinen klaren Trennungsstrich zu verfassungsfeindlichen Strömungen innerhalb und außerhalb der Partei. Sie will Spaltungen überwinden und möglichst das ganze

Die Kandidatin der SPD für das Amt des Bundespräsidenten, Gesine Schwan, und der Vorsitzende der Fraktion der Linken im Bundestag, Gregor Gysi, geben am 3. März 2009 nach dem Besuch von Gesine Schwan bei der Fraktionssitzung der Partei „Die Linke“ ein Kurzstatement.
© picture-alliance/dpa, Foto: Arno Burgi



linksextreme Milieu vereinnahmen. So integriert sie die orthodox-marxistische „Kommunistische Plattform“ und das „Marxistische Forum“ in ihre Reihen. Vertreter dieser Gruppen erhielten deutliche Unterstützung bei den Wahlen zum Parteivorstand. Und nicht wenige Abgeordnete und Funktionäre der „Linken“ haben eine SED- oder DKP-Vergangenheit. Allein im Niedersächsischen Landtag hat die Hälfte der Abgeordneten der „Linken“ einen extremistischen Hintergrund, das heißt, sie vertreten aktiv die Interessen verfassungsfeindlicher Organisationen, wie zum Beispiel der „Roten Hilfe“, oder sie engagieren sich in offen extremistischen Zirkeln innerhalb ihrer Partei, zum Beispiel im „Marxistischen Forum“.

Verfälschte Realität

Um es deutlich zu sagen: Es ist nicht verfassungswidrig, für eine angeblich bessere Gesellschaft unter dem Signum

„Demokratischer Sozialismus“ einzutreten. Auch das Ziel, „den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden“ zu wollen, widerspricht nicht per se dem Grundgesetz. Unsere demokratische Grundordnung hält radikalverbale Jonglierkunst aus. Doch „Die Linke“ verwendet gezielt Formulierungen, mit denen die demokratische Verfassungsordnung der Bundesrepublik als menschenfeindlich herabgewürdigt werden soll. Sie greift auf Karl Marx zurück: „Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ Wer die gesellschaftliche und politische Realität der Bundesrepublik derartig verfälscht, der zielt in Wahrheit darauf ab, die bestehende Verfassungsordnung zu beseitigen – eine Ordnung, deren oberster Grundsatz der Schutz der menschlichen Würde ist, eine Ordnung, die wie keine in der

deutschen Geschichte zuvor die Menschenrechte garantiert und die die Grundlage eines nie gekannten gesellschaftlichen Wohlstandes und sozialer Sicherung ist. Ich nehme den Parteivorsitzenden Lothar Bisky ernst, wenn er sagt: „Die, die aus der PDS kommen, aus der Ex-SED, und auch die neue Partei Die Linke – wir stellen die Systemfrage.“

Diffamierung der Demokratie

Bezeichnend ist auch das Verhältnis von „Die Linke“ zur Geschichte. Im August 2008 veröffentlichte der „Ältestenrat“ der Partei ein bemerkenswertes Grundsatzpapier unter dem Titel *Anregungen zum Umgang mit der Geschichte*. Darin empfiehlt das erlauchte Gremium der „Linken“, dem mit Hans Modrow der letzte SED-Ministerpräsident der DDR vorsteht, „als einer deutschen Partei“, sich unter anderem „zum Vermächtnis“ von Marx und Engels, Luxemburg und Lenin zu bekennen, die „einen bleibenden Beitrag zum heute nicht minder aktuellen wissenschaftlichen Sozialismus geleistet haben“. Deutlicher geht es nicht. Marx und Engels stehen für die Diffamierung der Demokratie als einer „bürgerlichen Demokratie“, die durch die „Diktatur des Proletariats“ überwunden werden muss. Sie stehen für ein Menschenbild, nach dem Freiheit die richtige Einsicht in die objektive Notwendigkeit ist – eine Einsicht, die natürlich erst durch das „wissenschaftliche“ Studium der blauen Bände von Marx und Engels gewonnen werden kann. Luxemburg steht für den gewaltsamen Kampf gegen die demokratische Republik, Lenin für eine Moral, die er absolut nannte, weshalb ihren Inhabern auch alles erlaubt sein sollte – und sei es die millionenfache Vernichtung von Menschen einer anderen Klasse oder mit anderen Überzeugungen.

Der linke Ältestenrat lässt es damit nicht gut sein. Er ist der festen Überzeugung, dass die Sowjetunion „die menschliche Zivilisation vor ihrem Absturz in die

Barbarei“ rettete. Ja, die UdSSR hat entscheidend zum Sieg über Hitler-Deutschland beigetragen. Jedoch einen der größten Massenmörder der Weltgeschichte wie Stalin zum Retter der Menschheit zu stilisieren ist geradezu unerträglich!

So kann auch nicht verwundern, dass der DDR von den Autoren des Papiers die gleiche Legitimität zuerkannt wird wie der „BRD“. Allerdings ist es in ihren Augen „bitter“, dass der Sozialismus in Europa sein „Ziel nicht erreicht“ hat. Kein Wort darüber, wie bitter dieses sozialistische Experiment für die Opfer war! Stattdessen wird nur verharmlosend von „Deformationen und Entstellungen“ des Sozialismus gesprochen. Es gab halt „subjektivistisch oder sonstwie begründeten Machtmissbrauch“ – kann ja mal passieren, deshalb darf man doch den lieben, guten Sozialismus mit seinem „humanistischen und demokratischen Grundgehalt“ nicht gleich verdammen. Vielmehr gilt es, die aktuelle „Übergangsperiode in der Weltgeschichte“ durch einen erneuten Anlauf zum Sozialismus zu überwinden. Und deshalb halten die Altvorderen der Partei es auch für „erforderlich, eine bisher oftmals noch vorherrschende Konzentration auf eine Distanzierung von der Politik sozialistischer Führungskräfte im zwanzigsten Jahrhundert, von damaligen Unzulässigkeiten, Fehlern, sonstigen negativen Handlungen und ihren nachwirkenden Folgen zu überwinden“. Kann man es schöner ausdrücken?! Vorwärts und nicht vergessen: Stalin, Mao und andere kommunistische „Führungskräfte im zwanzigsten Jahrhundert“ (Ulbricht, Honecker, Ceausescu) gehören offenbar zum Traditionsbestand der „Linken“.

Dazu passt, dass Lafontaine 2007 die kubanische Castro-Diktatur besuchte und sich „an der Entwicklung des Sozialismus des einundzwanzigsten Jahrhunderts interessiert“ zeigte. Immerhin wissen wir nun, welchen Sozialismus-Begriff Lafontaine hat. Dort bot sich ihm auch die

Gelegenheit zu bedauern, dass andere deutsche Parteien die „Menschenrechtsfragen wichtigtuerisch instrumentalisieren“. Auf dem Gründungsparteitag der „Linken“ konnte Gregor Gysi Genossen der kommunistischen Parteien nicht nur Kubas, sondern auch Chinas und Russlands begrüßen. Jeder sucht sich die Freunde, die er haben will.

Kommunismus als Ziel

Wer fragt da noch, warum bislang noch nicht ein einziger Funktionär der „Linken“ sich dazu bereitgefunden hat, die DDR als einen Unrechtsstaat zu bezeichnen? Wen verwundert es, dass „Die Linke“ zur Zerstörung von Deutschland fahren während der Fußball-Europameisterschaft aufgerufen hat? Wer ist überrascht über die Zusammenarbeit der „Linken“ mit der „Roten Hilfe“, die Straftäter aus dem linksextremistischen Bereich unterstützt? Wer zweifelt noch daran, dass „Die Linke“ weltweit mit Terrororganisationen wie der PKK, FARC und ETA flirtet und im Inland die Nähe zu Gruppen sucht, die das staatliche Gewaltmonopol nicht akzeptieren? Wer sieht es als einen verbalen Ausrutscher an, wenn der Vorsitzende der Fraktion „Die Linke“ im Niedersächsischen Landtag, Manfred Sohn, 2005 schrieb: „Unser Ziel ist nicht der Sozialismus. Unser Ziel ist der Kommunismus“ – also ein definitionsgemäß undemokratisches System – und noch im Oktober 2008 „Wladimir“ und „Walter“ (gemeint sind Lenin und Ulbricht) als Heroen des Sozialismus pries?

Es geht hier nicht um eine „Dämonisierung“ der „Linken“, vor der mancher meint warnen zu müssen. Schon gar nicht geht es um die Neuauflage einer „Rote-Socken-Kampagne“. Es geht darum aufzuzeigen, wo „Die Linke“ sich selbst verortet, welches Verhältnis sie zur Demokratie und welches Bild vom Menschen

sie hat. Dabei beruft sie sich auf Karl Marx und sein Ziel einer besseren Gesellschaft, frei von Unterdrückung und Ausbeutung. Doch schon einer, der mit Marx zusammengearbeitet und gelebt hat, Arnold Ruge, erkannte früh, dass der Kommunismus, so wie Marx ihn verstand, bei dem Versuch, ihn in die politische Praxis umzusetzen, „immer auf einen förmlichen Polizei- und Sklavenstaat“ hinauslaufen würde.

Daran hat sich nichts geändert. Deshalb ist es unerlässlich, dass wir wachsam sind gegenüber denen, die in vermeintlich guter Absicht oder aus anderen Motiven heraus die Grundlagen unserer freiheitlichen und demokratischen Ordnung infrage stellen oder dafür zumindest hinreichend erkennbare Anhaltspunkte geben, wie das bei der Partei „Die Linke“ der Fall ist. Ihr „smarter Extremismus“ ist ein gefährlicher Extremismus, eben weil er darauf aus ist, Reputation als „eine normale politische Kraft“ in der Gesellschaft zu gewinnen, dabei aber seinen extremistischen Zielen treu bleibt und sich lediglich in Darstellung und Taktik den Erfordernissen des Tages populistisch-demagogisch anpasst. Wer „Die Linke“ darin unterstützt, politische und gesellschaftliche Anerkennung zu erhalten – sei es durch den Verzicht, die Partei im Verfassungsschutzbericht zu erwähnen, sei es durch politische Verhandlungen oder gar Koalitionen mit ihr wie in Berlin –, begibt sich auf einen gefährlichen Weg. „Die Linke“ ist keine „normale“ Oppositionspartei innerhalb der Demokratie, sondern bekämpft die Demokratie selbst. Ein Verzicht des Verfassungsschutzes auf die Beobachtung der Partei „Die Linke“ wäre nicht nur ein grober Verstoß gegen seinen präventiven Auftrag zum Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Er würde auch einem Gütesiegel gleichkommen, das dieser Partei nicht zusteht.